

10.07.2026

NEWSLETTER

der GRÜNEN Kreistagsfraktion

Schleswig-Flensburg

Eine Schule platzt aus den Nähten. Eine Gemeinde kämpft gegen ein Windrad, das niemand will. Ein Bürgermeister überlegt, ob er hinschmeißt.

Das sind keine abstrakten Probleme sondern der Alltag in unserem Kreis. Deshalb haben wir dieses Frühjahr mehr Anträge eingebracht als je zuvor. ...und mehr abgelehnt bekommen als je zuvor.

Was das bedeutet, liebe Freund*innen, wie wir trotzdem weiterkämpfen und was dabei alles in Bewegung geraten ist: das lest ihr hier.

***Windräder, Schulplätze, Ehrenamt
und warum wir grade dreimal NEIN gehört haben...***

1. Windkraft:

Wildwuchs statt Ordnung

Schleswig-Holstein ist Windland – und auch unser Kreis profitiert erheblich davon. Wirtschaftlich, klimatisch, energiepolitisch. Aber im Moment läuft etwas schief. Denn der Regionalplan Wind wurde gerichtlich aufgehoben. Seitdem fehlt ein verbindlicher Rahmen, und Windkraftprojekte werden teils an Standorten vorangetrieben, die sowohl im alten als auch im neuen Regionalplanentwurf bereits als ungeeignet bewertet wurden – ökologisch oder wegen bestehender Nutzungskonflikte. Das überfordert Gemeinden, belastet ehrenamtliche Bürgermeister*innen mit widersprüchlichen Planungsanfragen und untergräbt langfristig die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.

Unser Vorschlag:

Der Kreis appelliert an die Landesregierung, die bestehenden Landes- und Bundesgesetze konsequent anzuwenden – um den planungsrechtlichen Wildwuchs zu stoppen, Mooregebiete zu schützen und wieder zu einer geordneten, akzeptierten Windkraftentwicklung zu kommen.

Kein Maximaltempo auf Kosten von Natur und Akzeptanz, sondern ein „Windfrieden“, der trägt.

Der Antrag wurde dennoch abgelehnt.

Wir bleiben dran. Denn dieses Thema geht nicht weg.



2. Schule für Alle: Eine Chance die niemand prüfen wollte

Die Förderschulen des Kreises sind voll. Zu voll. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf brauchen Plätze – und der Kreis muss entscheiden, wie und wo. Wir haben beantragt, bei dieser Entscheidung auch die Möglichkeit einer inklusiven „Schule für Alle“ ernsthaft zu untersuchen. Nicht als ideologisches Projekt, sondern als eine von mehreren Optionen in einer Gegenüberstellung – und zunächst nur als Grundlage für eine Anhörung zu einem komplexen Thema.

Das klingt nach einem bescheidenen Anliegen. Und das ist es auch. Trotzdem wurde es von allen anderen Parteien abgelehnt – ohne Gespräch, ohne Gegenvorschlag. Kinder mit Sonderbedarf im Kreis verdienen mehr als das.

 [Christians Rede dazu lesen](#)

3. Ehrenamt: Was darf Kommunalpolitik kosten?

Bürgermeister*in im Nebenjob. Kreistagsmitglied nach Feierabend. Gemeindevertreter*in am Wochenende. Kommunalpolitik in einem Flächenkreis wie unserem lebt davon, dass Menschen sich neben Beruf und Familie, in ihrer Freizeit und oft auch in ihrer Arbeitszeit, engagieren. Seit Anfang 2026 erlaubt das Land Schleswig-Holstein, die Entschädigung für ehrenamtliche Politiker*innen um bis zu 75 % anzuheben.

Hintergrund: Anforderungen und Aufwand sind für Menschen die sich kommunalpolitisch engagieren in den letzten Jahren gestiegen. Parallel soll die Arbeit attraktiver werden, damit es sich mehr und auch jüngere Menschen leisten können sich zu engagieren.

Da Kreispolitiker*innen bereits deutlich höher entschädigt werden als ihre Kolleg*innen auf Gemeindeebene – und alle Kommunen gerade finanziell unter Druck stehen –, haben wir einen Mittelweg vorgeschlagen: eine Anhebung um 40 %.

Aber: Abgelehnt.

 [Utas Rede dazu lesen](#)

Gut, dass wir nachgefragt haben...

Kulturstiftung: Ein Aufräumprozess mit offenem Ausgang

Landestheater, Musikschulen, Landschaftsmuseum Unewatt – die Kulturstiftung des Kreises steht unter erheblichem Druck. Mit einer Anfrage nach § 10 Kreisordnung haben wir eine Überprüfung der Finanzplanung angestoßen. Was dabei zutage kam, war ernüchternd: Es wurde schlecht gewirtschaftet, der Konsolidierungsbedarf ist groß. Besonders dringlich ist die Situation in Unewatt, wo das Marxen-Haus abgebrannt ist und zeitnah entschieden werden muss, wie die Versicherungssumme eingesetzt wird.

Die Verwaltung arbeitet die Defizite auf. Parallel laufen Entscheidungen, die nicht warten können. Wir werden darauf bestehen, dass dabei Transparenz und eine echte Kulturstrategie für den Kreis an erster Stelle stehen – nicht nur Schadensbegrenzung.

Zur Lage: So fühlt sich Opposition an

Ja, wir werden oft überstimmt. Und ja, das ist manchmal frustrierend.

Denn auch wenn es im Kreistag eigentlich keine Koalitionen und folglich auch keine Opposition gibt, werden wir seit Beginn der Legislaturperiode konsequent so behandelt. Gesprächs- und Kompromissangebote laufen oft ins Leere. Absprachen werden nicht gehalten. Das bedauern wir sehr.

Denn wir wissen: Dem Rechtsruck und dem Frust von Bürger*innen lässt sich am Besten etwas entgegensetzen, wenn „die Politik“ gute gemeinsame Lösungen liefert, ohne viel Streitgetöse.

Aber Opposition bedeutet nicht Resignation. Im Gegenteil.

Es bedeutet, unsere GRÜNEN Themen so hartnäckig sichtbar zu machen, dass sie nicht einfach versickern, selbst wenn wir für sie keine Mehrheit gewinnen können.

Kurz erklärt: Anträge werden zunächst in Fachausschüssen beraten und abgestimmt, dann im Haupt- und Finanzausschuss und abschließend im Kreistag. In der Kommunalpolitik ist es eigentlich üblich und sinnvoll, sich in diesen Runden, möglichst schon im Fachausschuss, auf eine für alle tragbare Lösung zu einigen. Damit die Anträge dann auf den nächsten Ebenen (Hauptausschuss und Kreistag) nur noch überprüft und bestätigt werden müssen.

Weil das in unserem Fall mehrfach nicht passiert ist haben wir die drei Anträge (Windkraft, Schule für Alle & Ehrenamt) bewusst auf allen Ebenen immer wieder gestellt. So wurden unsere Anträge in drei Gremien dreimal besprochen – und dreimal abgelehnt. 😞

Die Idee:

Wenn es eh keine offenen Debatte zu unseren Themen gibt, müssen wir sie eben anders platzieren. Unsere Ideen kommen stark in den Fokus. Die Presse nimmt die Themen wahr, und als „Belohnung“ erschienen kurz hintereinander drei Artikel zu unseren Vorschlägen. Natürlich würden wir sie lieber direkt umsetzen, aber auch das ist Demokratie.

Die Ideen sind in der Welt. Das ist ein Erfolg.

Was als nächstes kommt...

Wie der ÖPNV im Kreis neu gedacht werden kann – und ob SMILE24 in erweiterter Form eine Zukunft hat. Wie Schulbegleitung und Eingliederungshilfe strukturell so reformiert werden können, dass sie wirklich bei den Kindern ankommen. Und wie eine parteiübergreifende AG Gleichstellung im Kreistag echte Wirkung entfalten kann.

Es bleibt spannend!

Habt ihr das Gefühl, dass diese Themen bei euch vor Ort ankommen – habt ihr selber eins?

Schreibt uns!

Eure GRÜNE Kreistagsfraktion

Sara, Uta, Christian, Gesine, Carl-Christian, Ava, Rainer, Lynn, Peter und Ansgar

